

NIEDERSCHRIFT

über die nicht öffentliche/öffentliche Sitzung des Schulausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 04.05.2006

Mensa der Hauptschule Stadtpark, Parkstraße 160

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	ab 17.20 Uhr
Ratsherr Horst Eick	SPD	Vertreter für Ratsherrn Rolf Breucker bis 17.20 Uhr
Ratsfrau Eveline Haue	SPD	Vertreterin für Herrn Fabian Ferber
Ratsherr Rüdiger König	CDU	Vertreter für Herrn Martin Buchheister
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Marcus Kühnel
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL	Vertreter für Ratsfrau Monika Oettinghaus
Ratsfrau Margarete Rehm	CDU	Vertreterin für Herrn Björn Weiß
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU	
Ratsherr Gerhard Schnell	LL	
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP	Vertreter für Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Susanne Czaja
Ratsfrau Marianne Weber	CDU	Vertreterin für Ratsherrn Oliver Fröhling
Frau Karin Hertes	SPD	
Herr Ulrich Neuhaus	Grüne	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Winfried Becker	FRL	
Herr Gerhard Geisel	FRL	
Herr Jürgen Kordt	FRL	
Herr Clemens Laumann	FRL	
Herr Michael Lohr	FRL	
Frau Susanne Mewes	FRL	Vertreterin für Frau Jutta Hellmann
Frau Pfarrerin Katharina Thimm	FRL	
Herr Peter Wagener	FRL	

Gäste:

Frau Brigitte Bunselmeier-Lohr

Schulamt für den
Märkischen Kreis

Verwaltung:

Herr Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Herr Reinhard Merkschien

Schriftführung:

Frau Kerstin Kotziers

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Czaja	SPD
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP
Ratsherr Marcus Kühnel	CDU
Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL
Herr Martin Buchheister	CDU
Herr Fabian Ferber	SPD
Herr Björn Weiß	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Jutta Hellmann	FRL
Frau Annette Schmidt-Kob	FRL
Frau Nuran Özdemir	FRL

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

1. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Voß nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitgliedes Frau Susanne Mewes vor.

2. Öffentliche Fragestunde

keine

3. Elternbeiträge für die Offenen Ganztagschulen **Vorlage: 060/2006**

Nach kurzer Aussprache und Beantwortung der gestellten Fragen bittet der Vorsitzende, Herr Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Voß, um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, das Jahreseinkommen für die Erhebung der Elternbeiträge in den Offenen Ganztagschulen nach den Regelungen des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zu berechnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

**4. Berichtswesen;
hier: Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen der Stadt Lüdenscheid
Schuljahr 2006/2007
Übergänger von den Grundschulen
Vorlage: 061/2006**

Herr Merkschien erläutert die vorliegende Aufstellung über die Anmeldungen zu den und Aufnahmen in die weiterführenden Schulen der Stadt Lüdenscheid Schuljahr 2006/07 sowie Übergänger von den Grundschulen. Einvernehmlich bitten die Mitglieder des Schulausschusses darum, zukünftig auch nachrichtlich die entsprechenden Zahlen der Freien Christlichen Hauptschule und der Freien Christlichen Realschule aufzuführen.

Anschließend bittet der Vorsitzende um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Beratung des Haushaltsplanes 2006 (Verwaltungshaushalt)

Ratsherr Schwarz trägt den mittlerweile bekannten, modifizierten Antrag der FDP-Fraktion vor und weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion eine Haushaltssperre und keine Haushaltskürzung beantragt. Ratsherr Schwarz führt weiter aus, dass er den Schulausschuss dann für eine eventuelle Aufhebung der Haushaltssperre im Einzelfall als zuständig erachtet.

Ratsherr Schnell liest daraufhin den dem Protokoll beigefügten Antrag der Fraktion der Lüdenscheider Liste vor.

Nach einer regen, kontroversen Diskussion beantragt Ratsherr Schwarz die Abstimmung über den modifizierten Antrag der FDP-Fraktion .

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	0

Abschließend weist der Vorsitzende darauf hin, dass der Unterabschnitt 230 – Zeppelin-Gymnasium – an dieser Stelle ausgenommen bleibt.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Bekanntgabe "Erweiterung der Michael-Ende-Schule"

Herr Merkschien gibt das Ergebnis eines Gespräches mit der Märkischen Kliniken GmbH bekannt, wonach entgegen der ursprünglich geplanten Erweiterung der Michael-Ende-Schule nunmehr das Sekretariat, das Schulleiterzimmer sowie das Lehrerzimmer vom Erdgeschoss in das 1. Obergeschoss verlagert werden sollen, so dass die Schule dadurch 2 ½ zusätzliche Unterrichtsräume im Erdgeschoss gewinnt. Herr Merkschien führt aus, dass es sich gegenüber der ursprünglich geplanten Erweiterung um eine kostengünstigere Lösung für ca. 25.000 € handelt und ergänzt, dass mittelfristig zu erwarten ist, dass der gesamte Klinikbereich an der Hohfuhstraße zur Disposition steht.

6.1.2. Bekanntgabe "Schulschwimmen"

Herr Merkschien gibt die Änderungen bekannt, die sich ab Schuljahr 2006/07 durch die Schließung des Wellenbades für das Schulschwimmen ergeben. Herr Merkschien führt aus, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Stadtwerken die neuen Belegungszeiten organisiert und es bei der Sekundarstufe I vorübergehend zu einer Einschränkung von zwei Stunden kommen kann. Herr Merkschien ergänzt, dass die Schwimmstunden der Grundschulen aus dem Wellenbad in die städtischen Lehrschwimmbäder (Gevelndorf und Lösenbach) verlagert werden.

6.1.3. Bekanntgabe "Mittagsverpflegung in den Ganztagschulen"

Herr Merkschien gibt bekannt, dass sich im Bereich der Mittagsverpflegung für die Ganztagschulen Hauptschule Stadtpark, Friedensschule sowie Adolf-Reichwein-Gesamtschule Änderungen ergeben werden. Die Verträge mit dem Caterer sind zunächst gekündigt worden und sollen zur Reduzierung des städtischen Defizits unter anderen Modalitäten neu abgeschlossen werden. Herr Merkschien führt aus, dass bei der Adolf-Reichwein-Gesamtschule auf Wunsch der Schule eine völlig neue Lösung angestrebt wird, über die die Verwaltung in der nächsten Sitzung berichten wird.

6.1.4. Bekanntgabe "Wegfall der Schulbezirke"

Herr Merkschien gibt bekannt, dass im vorliegenden Entwurf der Ausbildungsordnung für die Grundschulen aufgeführt ist, wie bei der geplanten Abschaffung der Grundschulbezirke verfahren werden soll und welche Kriterien für die Aufnahmeentscheidung der Schulleiter/innen zulässig sind.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.2.1. Beantwortung der Anfrage von Ratsfrau Haue "Offene Ganztagschule Erwin-Welke-Schule"

Herr Merkschien beantwortet die von Ratsfrau Haue in der letzten Sitzung des Schulausschusses gestellte Frage, wo die für den letztlich nicht zustande gekommenen Ganztagsbetrieb an der Erwin-Welke-Schule angemeldeten 23 Kinder nunmehr betreut werden, dahingehend, dass 7 der Kinder nunmehr die Betreuungsmaßnahme „Schule von acht bis eins“ besuchen. Über den Verbleib der anderen 16 Kinder ist der Verwaltung nichts bekannt.

6.2.2. Beantwortung der Anfrage von Herrn Zweiten Stellv. Bürgermeister Voß "GS Kalve/Hort Heberg"

Herr Merkschien beantwortet die Anfrage von Herrn Zweiten Stellvertretenden Bürgermeister Voß aus der letzten Sitzung des Schulausschusses bezüglich des neuesten Standes zur Vernetzung der Grundschule Kalve mit dem Hort Heberg dahingehend, dass noch Gespräche laufen, aber noch vor den Sommerferien ein sogenannter Kooperationsvertrag geschlossen wird.

6.3. Anfragen

6.3.1. Anfrage Ratsherr Oettinghaus "Eigenanteil für Kinder von ALG-II-Empfängern"

Ratsherr Oettinghaus stellt folgende Anfrage zum Eigenanteil für Kinder von ALG-II-Empfängern:

„In der Sitzung des letzten Schulausschusses am 21.03.2006 wurde ein Auszug zur Änderung des Schulgesetzes NRW, sprich der Referentenentwurf, vorgestellt.

In § 96 heißt es dort unter dem Stichwort Lernmittelfreiheit, der sogenannte Elternanteil, den Eltern für bestimmte Unterrichtsmaterialien zahlen müssen, entfällt u. a. für ALG-II-Empfänger.

Laut Kabinettsbeschluss vom 28.03.2006 soll diese Lernmittelfreiheit für ALG-II-Empfänger nicht mehr gelten. Nur Sozialhilfe-Empfänger sollen weiterhin befreit sein (allerdings bezieht der größte Teil der ehemaligen Sozialhilfe-Empfänger heute ALG-II). Demnach müssten ALG-II-Empfänger den Eigenanteil an Büchergeld selbst zahlen.

Fragen, die sich aus dem Kabinettsbeschluss ergeben:

Wenn Eltern als ALG-II-Empfänger nicht in der Lage sind, diesen Anteil selbst aufzubringen, wer zahlt dann?

Kann bzw. darf die Stadt Lüdenscheid den Eigenanteil der Betroffenen übernehmen?

Was geschieht, wenn weder das Land noch die Stadt aus oben genannten Gründen die Kosten übernimmt bzw. übernehmen kann?“

Herr Dr. Schröder antwortet sofort dazu, dass mit Datum vom 12.04.2006 zwei dahingehende Klagen vom Oberverwaltungsgericht Gelsenkirchen abgewiesen wurden mit der Begründung, dass bei der Befreiung vom Elternanteil zwischen den Empfängern von Arbeitslosengeld II und den Empfängern von Leistungen nach dem SGB XII bewusst Unterschiede gemacht worden sind, da den Empfängern von Arbeitslosengeld II ggfs. durch Ansparen zuzumuten ist, den Elternanteil selbst zu tragen. Herr Dr. Schröder führt weiter aus, dass nach dem letzten Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes NRW den Kommunen freigestellt ist, die Leistungen freiwillig zu zahlen. Demgegenüber steht jedoch die Situation der Stadt Lüdenscheid als Gemeinde nach § 81 GO, die keine freiwilligen Leistungen übernehmen darf.

Vorsitzender

Schriftführerin